

SKANDAL UM DIE SCHWEIZER HOCHSEEFLOTTE

Acht Strohleute und ein Geheimvertrag

Per Geheimklausel sicherte sich ein deutscher Reeder die Kontrolle über vom Bund verbürgte Schweizer Tanker

VON HENRY HABEGGER

Die Tanker trugen wohlklingende Namen: «Matterhorn», «Monte Rosa», «Breithorn» und «Stockhorn». In den Schiffen steckte viel Schweizer Geld. Für Darlehen von umgerechnet gegen 150 Millionen Schweizer Franken bürgte der Bund: Pro Schiff waren es 28,6 Millionen Dollar. Das war vor rund zehn Jahren.

So weit, so gut. Laut Schifffahrtsgesetz durfte der Bund nur Bürgschaften für Schiffe gewähren, die unter Schweizer Flagge fuhren. Und die Schweizer Flagge erhielten nur Schiffe, die «in Bezug auf ihr Gesellschaftskapital unzweifelhaft schweizerisch» waren.

Gegen aussen waren die Tanker zwar tatsächlich «unzweifelhaft schweizerisch». Die Aktien der vier Schiffsgesellschaften gehörten einer im Jahr 2003 gegründeten Gesellschaft namens Mega Chemicals AG mit Sitz in Frauenfeld TG. Die Besitzer dieser Mega Chemicals wiederum waren acht Schweizer Investoren, meist Anwälte oder Bankkader aus dem Raum Zürich. Sie hielten zusammen über 90 Prozent der Aktien. Nur ein paar Prozent der Firma gehörten einem Ausländer: Dem deutschen Reeder Harro G. Kniffka, Besitzer der Reederei Hanseatic Lloyd im Thurgau.



Harro G. Kniffka, Reeder.

HO

Deutscher hatte das Sagen

Aber diese paar Prozent hatten es in sich. Hinter der rot-weiss getünchten Fassade gab es gemäss Recherchen ein Geheimkonstrukt: Einen «Aktionärsbindungsvertrag». Mit diesem Vertrag sicherte sich der deutsche Reeder und Minderheitsaktionär Kniffka die alleinige Macht in der Mega Chemicals AG, der die vier Schweizer Tanker gehörten.

Der Geheimvertrag besagte etwa, dass Kniffka zwei der drei Verwaltungsräte der AG bestimmen konnte. Die Schweizer Aktionäre, also die angeblichen Besitzer der Firma, mussten nach Weisung des von Kniffka beherrschten Verwaltungsrats stimmen und wählen. Sie konnten nicht einmal bei der Dividendenfestlegung mitbestimmen. Kurzum: Die «Eigentümer» hatten in «ihrem» Unternehmen nichts zu sagen.

Für Experten ist klar: Die Schweizer Aktionäre waren Strohleute der Deutschen. Alles deutete darauf hin, dass der Anschein erweckt werden sollte, die Firma sei schweizerisch beherrscht.

Ob der Bund von Anfang an, also in den Jahren ab 2003, von diesem Geheimvertrag Kenntnis hatte, ist unklar. Dass der Vertrag eine scharfe Geheimhaltungsklausel enthielt, spricht eher dagegen. Aber Beobachter meinen,

dass Bundesbeamte davon gewusst haben müssen. Der für Bürgschaften zuständige Chefbeamte im Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung war Michael Eichmann, gegen den die Bundesanwaltschaft derzeit ermittelt. Er war immer wieder in der Reederei von Kniffka zu Gast, weihte auch Tanker ein.

Oder der inzwischen verstorbene Jean Hulliger, der zum Zeitpunkt der Bürgschaftszusagen Chef des Schweizer Seeschiffahrtsamts (SSA) in Basel war. Das SSA wacht über die Einhaltung des Seeschiffahrtsgesetzes. Hulliger war eng mit Reeder Kniffka verbunden, dem heimlichen Gebieter über die Tanker: Nach seiner Pensionierung sass Hulliger jahrelang im Beirat von Kniffkas Reederei Hanseatic Lloyd AG in Uttwil TG.

Die «Nordwestschweiz» bat den Zürcher Anwalt Adrian F. Howald in den vergangenen Monaten mehrmals per Mail um eine Stellungnahme zur Sache und zum geheimen Vertrag. Alle Anfragen blieben unbeantwortet. Dabei muss Howald wissen, was gelaufen ist. Er war Verwaltungsrat der Mega Chemicals und auch der Hanseatic Lloyd AG, der Reederei von Kniffka.

Die vier Tanker kommen den Steuerzahler nun teuer zu stehen. Sie gehören zur Flotte von Pleite-Reeder Hansjürg Grunder, die den Steuerzahler 215 Millionen kostet. Warum die Schiffe 2012 angeblich auf Initiative von Eichmann praktisch gratis an Grunder gingen, ist ein Rätsel für sich: Grunder stand schon damals am Rand des Abgrunds. Eine Erklärung könnte sein: Der Bund hatte nun auch offiziell Wind vom Geheimkonstrukt bekommen. Oder davon, dass angeblich Geld, das mit verbürgten Schweizer Tankern erwirtschaftet wurde, nach Deutschland abfloss (siehe Text unten). Jedenfalls soll in diesen Jahren ein Verfahren gegen Reedereiverantwortliche gelaufen sein. Eichmann war es, der dies später behauptete. Öffentlich informiert aber wurde nie. Es gilt die Unschuldsvermutung.